



DIE LINKE.

Darmstadt

Stadtverordnetenfraktion

Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Telefon 06151 / 66 90 310

Telefax 06151 / 66 90 533

info@linksfraktion-darmstadt.de

www.linksfraktion-darmstadt.de

Darmstadt, den 21.1.2018

Antrag

Erklärung der Wissenschaftsstadt Darmstadt zur solidarischen Stadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt erklärt Darmstadt zu einer solidarischen Stadt.

Im Einzelnen bedeutet dies in einem ersten Schritt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt verurteilt jede Kriminalisierung der Seenotrettung.

2. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt schließt sich der Initiative der Oberbürgermeister*innen der Städte Düsseldorf, Bonn und Köln an und erklärt sich bereit, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

3. Wer in Darmstadt ist, ist Darmstädter*in

Die permanente Angst vor Abschiebung erschwert das Leben von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt in allen Bereichen. Häufig werden Familien auseinandergerissen. Nur wer keine Angst haben muss, jederzeit abgeschoben zu werden, kann das eigene Leben gestalten, sich für die eigenen Rechte einsetzen und selbst gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt erklärt, dass sie alle Mittel ausschöpft, um die hier lebenden Menschen vor Abschiebung zu schützen.

4. Verbot des Racial Profiling umsetzen

Wir wollen das sogenannte Racial Profiling konsequent verhindern, bei dem insbesondere Migrant*innen, Geflüchtete und People of Color in den Fokus polizeilicher Maßnahmen geraten. Diese Praxis ist zwar offiziell verboten, das Verbot muss aber in der täglichen

Polizeiarbeit endlich auch durchgesetzt werden. Verdachtsunabhängige Kontrollen an „gefährlichen Orten“ in der Annahme, dass sich dort Menschen ohne Aufenthaltsrecht / illegalisierte Menschen aufhalten, darf es nicht mehr geben.

5. Zugang zu Bildung und Ausbildung

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt bietet Sprach- und Orientierungskurse für alle Geflüchteten von Beginn an. Auch Menschen ohne einen Aufenthaltsstatus erhalten Zugang zu Sprach- und Orientierungskursen. Der Ermessensspielraum zur Erteilung der Ausbildungsduldung wird weitestgehend ausgeschöpft.

6. Wohnen ist Menschenrecht

Auch in Darmstadt fehlen Wohnungen für kleine und mittlere Einkommen. Insbesondere in den neu zu erschließenden Stadtgebieten (Cambrai-Fritsch und Jefferson-Siedlung) werden mindestens 50% der Wohnungen für kleine und mittlere Einkommen vorgesehen. Es ist darauf zu achten, dass die Förderrichtlinien Menschen mit prekären Aufenthaltstiteln nicht vom Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum ausschließen. Bei der Unterbringung von Geflüchteten kehrt die Stadt zum Konzept der dezentralen Unterbringung zurück.

7. Empowerment, Selbstorganisation und Beratung

Menschen ohne Papiere und/oder prekären Aufenthaltstitel sind oft lange Zeit von anderen abhängig. Daher benötigen sie geschützte Räume, in denen sie eigene Forderungen formulieren können und die auch soziale und kulturelle Begegnungsräume darstellen. Ebenso braucht es geschützte Räume, in denen Beratungsangebote stattfinden können.

Begründung erfolgt mündlich

Karl-Heinz-Böck
Martina Hübscher-Paul
Werner Krone
Kris Hartmann
Uli Franke